
Freie Demokraten im Hessischen Landtag

RÄUMUNG DES FLUGHAFENS FRANKFURT

31.08.2016

- **Ausnahmen vom Nachtflugverbot erlauben**
- **Aktuelle Sicherheitssituation darf nicht zu Lasten der Passagiere gehen**
- **Wirtschaftsministerium soll mehr Flexibilität zulassen**

Anlässlich der heutigen sicherheitsbedingten Räumung des Frankfurter Flughafens erklärte Jürgen LENDERS, verkehrspolitischer Sprecher der FDP-Fraktion im Hessischen Landtag: „Nach den wetterbedingten Flugausfällen Ende Juli, als über 7.000 Passagiere, darunter viele Familien mit Kindern, am Flughafen gestrandet waren, zeigt der heutige Fall erneut, wie sensibel die Abläufe am Flughafen für Störungen sind. Über 100 Flüge mussten heute annulliert werden und es drohen massive Verspätungen. Daher ist zu befürchten, dass wieder Passagiere aus ihren abflugbereiten Maschinen geholt werden müssen, weil das Nachtflugverbot zuschlägt. Wir sehen Minister Al-Wazir in der Pflicht, frühzeitig adäquat auf diese Situation mit Ausnahmegenehmigungen zu reagieren. Denn zweifellos können notwendige Sicherheitsmaßnahmen in Zeiten der realen Terrorgefahr gerade auch am Frankfurter Flughafen immer wieder zu erheblichen Störungen in den Abläufen führen – doch muss und darf dies nicht dauerhaft zu Lasten der Passagiere gehen.“

Lenders weiter:

„Zudem hat der Runde Tisch, der im Nachgang an die wetterbedingten Flugausfälle Ende Juli und ihren erheblichen Folgen für den Passagierverkehr einberufen wurde, nichts Konkretes gebracht, sondern war vor allem eine Beruhigungspille. Dabei liegt die Lösung des Problems auf der Hand: Der Planfeststellungsbeschluss erlaubt in Ziffer 6 ausdrücklich, dass in besonderen Ausnahmefällen auch nach 24 Uhr Starts und Landungen am Flughafen Frankfurt möglich sind. Von dieser Ausnahmeregelung sollte

dann auch im Interesse der Menschen Gebrauch gemacht werden, wenn solche Härten drohen.

Der Flughafen Frankfurt sichert nicht nur 80.000 Menschen ihren Arbeitsplatz, sondern ist einer der Knoten im weltweiten Luftverkehr. Wenn wir im Wettbewerb mit den Drehkreuzen in London, Paris, Amsterdam oder Istanbul nicht weiter zurückfallen wollen, müssen wir auch in der Lage sein, auf solche Ausnahmesituationen wie im Juli oder heute angemessen und professionell reagieren zu können. Der Flughafen ist keine Amtsstube, wo man den Schlüssel einfach rumdrehen kann. Deshalb fordern wir mehr Flexibilität und eine angemessene Auslegung der Härtefallregelungen.“

Kontakt:

Pressestelle der Freien Demokraten im Hessischen Landtag

Schlossplatz 1-3 | 65183 Wiesbaden

Telefon: 0611 350-566 | E-Mail: presse-fdp@ltg.hessen.de